

**Seite 1**

- ▶ Kolumne
- ▶ EuGH Urteil zu Genhoning

**Seite 2**

- ▶ Spielzeugsicherheit

- ▶ Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses

**Seite 3**

- ▶ Planlos in die Konjunkturlaute
- ▶ Öl-Lecks in der Nordsee

**Seite 4**

- ▶ Neues aus Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Lieber Leser, Liebe Leserin,

die Finanz- und Wirtschaftskrise in der Europäischen Union bleibt ein drängendes Problem. Und was machen Merkel, Sarkozy und Co.? Nichts weiter als den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen. So geht das nicht weiter! In dieser angespannten Situation ist Entscheidungsfreude gefragt und nicht das Merkel'sche Zaudern und Herumlabieren und auch nicht die hilflose Konzeptlosigkeit. Gefragt ist die Einbeziehung der Volksvertreter und -vertreterinnen, sowohl des Europäischen Parlaments wie auch des Deutschen Bundestags, wie es das Bundesverfassungsgericht so trefflich eingefordert hat.

Es ist endlich an der Zeit mit Eurobonds und einer europäischen Finanztransaktionssteuer für die EU die Möglichkeit zu schaffen, Eigenmittel zu generieren, um unabhängig von ratlosen Regierungschefs tätig werden zu können. Dazu ist auch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung, die ihren Namen verdient, unabdingbar.

Bei der Lösung der Krise und der Suche nach passenden Konzepten geht auf Regierungsebene nichts voran. Das Europäische Parlament hat klare und vernünftige Vorschläge unterbreitet wie der Krise zu begegnen wäre, doch die Regierenden kümmern es nicht. So kann und darf Demokratie und die Beteiligung der Parlamente nicht mit Füßen getreten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Evelyne Gebhardt und Nils Schmid beim Europafest in Künzelsau zusammen mit den Mitarbeitern der Europaabgeordneten.  
V.l.n.r. Moritz Kempel, Verena Buesink, Marc Lemancyk, Cara Stauß und Laura Starke.

### **Wegweisendes Urteil zu Gentechnik in der EU EuGH verschärft Regeln für Gen-Honig**

Fortan ist eine Zulassung und Kennzeichnung vorgeschrieben, wenn Honig oder Nahrungsergänzungsmittel Pollen von gentechnisch veränderten Organismen enthalten. Ein Imker aus Bayern, dessen Produkte Pollen von gentechnisch verändertem Mais enthielten, hatte den Freistaat durch alle Instanzen verklagt und nun vor dem EuGH Recht bekommen.

Maßgeblich ist Importhonig von dem Urteil betroffen, der zu einem Großteil in Regionen produziert wird, die zu einem wesentlich höheren Prozentsatz gentechnisch

veränderte Pflanzen anbauen als dies in Europa der Fall ist. Allen voran betrifft dies Honig aus Süd- und Nordamerika.

„Dieses Urteil ist wegweisend im weiteren Umgang mit der Gentechnik in Europa“ erklärt die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt. „Es stärkt die Rechte der Verbraucher und Verbraucherinnen und schafft endlich Rechtssicherheit für betroffene Imker und Imkerinnen“ so Gebhardt weiter. Diesen steht nun die Möglichkeit offen, Schadensersatz für

(Fortsetzung auf Seite 2)



*(Fortsetzung von Seite 1)*

Verunreinigungen ihrer Ware zu fordern.

„Bei dem Urteil handelt es sich weiterhin um einen Warnschuss in Richtung EU Kommission, die in den letzten Jahren der Gentechnik allzu freundlich gegenüberstand“ zeigt sich Evelyne Gebhardt zufrieden und fügt an, dass „es nun an der Kommission ist, einen Vorschlag über ein einheitliches Vorgehen in der gesamten EU vorzulegen und ihren bisherigen Kurs gründlich zu überdenken“.

In Folge dieser Schlappe für Kommission und Agrarlobby muss nun die europäische als auch deutsche Gesetzgebung angepasst werden.

„Die Verbraucher und Verbraucherinnen sowie die konventionell wirtschaftenden Landwirte müssen konsequent vor dem Einfluss gentechnisch veränderter Organismen geschützt werden, solange die Auswirkungen nicht vollständig und unabhängig erforscht sind, darf es keine Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen mehr geben“ so Evelyne Gebhardt abschließend.

### **Keine Kompromisse bei der Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder**

„Ständig werden neue Herstellungsverfahren und Materialien für Spielzeuge entwickelt. Es ist daher von größter Bedeutung, dass hohe europäische Sicherheitsanforderungen umgesetzt werden und sich die Verbraucher

und Verbraucherinnen in Europa auf sichere Spielzeuge für ihre Kinder verlassen können“, fordert die Verbraucherschutzexpertin der sozialdemokratischen Fraktion Evelyne Gebhardt.

Um Kinder vor giftigen Chemikalien und krebserregenden Stoffen zu schützen, werden in Zukunft die Grenzwerte strenger geregelt werden. Außerdem können zukünftig Spielzeuge vom Markt genommen werden, wenn ein ernstzunehmender Verdacht auf eine Gesundheitsgefährdung auftaucht, bevor ein wissenschaftlicher Beleg für die Gefährdung vorliegt.

Trotz der neuen strengeren Sicherheitsregeln, gibt es Nachbesserungsbedarf der seit 20. Juli geltenden neuen Spielzeugrichtlinie. „Wir Sozialdemokraten hatten darauf gedrängt, dass sowohl eine bessere Marktüberwachung als auch eine Dritt Zertifizierung durch unabhängige Institute eingeführt wird. Leider ist der Antrag bei der Verabschiedung der neuen EU-Spielzeugrichtlinie an dem beharrlichen Widerstand von Konservativen und Liberalen gescheitert. Strengere Sicherheitsregeln machen nur dann Sinn, wenn sie von unabhängigen Dritten kontrolliert und zertifiziert werden“, kritisiert Evelyne Gebhardt.

„Nun liegt es an den europäischen Mitgliedsstaaten von diesem Recht Gebrauch zu machen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Kinder zu schützen“, so Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Die Europäische Spielzeugrichtlinie, die am 18. Juni 2009 im Plenum abgestimmt wurde, trat am 20. Juli in Kraft. Dringend benötigte Sicherheitsfortschritte für Kinderspielzeug werden darin umgesetzt und die bestehenden Regelungen zur Vermarktung von in die EU importiertem oder in der EU hergestelltem Spielzeug werden verbessert.

### **Das zwischenstaatliche Klein-Klein ist am Ende**

**Sozialdemokraten fordern entschlosseneres Handeln der Mitgliedstaaten und demokratische Kontrolle durch das EU-Parlament**

Im Rahmen einer Sondersitzung am Montag 29. August hat der Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments über die Schuldenkrise und die Situation der Eurozone diskutiert. Dazu erklärte der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann: „Europa hat genug von zwischenstaatlichen Krisengipfeln, bei denen die Mitgliedstaaten nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Seit 2008 laufen die nationalen Regierungen so der Entwicklung an den Märkten stets hinterher. Um die Krise zu überwinden, brauchen wir eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik unter demokratischer Kontrolle des EU-Parlaments.“ Wirtschaftspolitische Steuerung im luftleeren Raum ohne umfassende Beteiligung der gewählten Volksvertreter sei hingegen zum Scheitern verurteilt.

*(Fortsetzung auf Seite 3)*



Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion kann sich Europa den mangelnden Ehrgeiz der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Krise nicht länger leisten. Udo Bullmann fordert deshalb entschlosseneren Maßnahmen, um die Lage in den angeschlagenen Volkswirtschaften zu stabilisieren. Dazu zähle die Einführung von Eurobonds ebenso wie die rasche Verabschiedung einer Finanztransaktionssteuer.

„Einerseits schützen wir damit die Mitgliedstaaten gegen spekulative Attacken. Andererseits schaffen wir dringend benötigten Spielraum für Investitionen und Wachstum“, betonte der SPD-Europaabgeordnete. Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, dass sich die Überarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht am Ende als Konjunkturbremse entpuppt.

Scharfe Kritik übte Udo Bullmann in diesem Zusammenhang an der deutschen Bundesregierung. Mit ihrer zögerlichen und unentschiedenen Politik trage sie wesentlich zur Verunsicherung der Finanzmärkte bei. Bundeskanzlerin Merkel spreche sich gegen die Einführung von Eurobonds aus und versuche die Besteuerung von Finanztransaktionen auf die lange Bank zu schieben. Damit spiele sie den Finanzjongleuren in die Hände.

An der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses nahmen unter anderem der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, der Vorsitzende der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, der polnische Finanzminister und ECOFIN-Vorsitzende,

Jacek Rostowski, sowie EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn teil.

### **Planlos in die Konjunkturflaute**

#### **Merkel und Sarkozy wollen steuern, sagen aber nicht wohin**

In der Summe als Ablenkungsmanöver bezeichnet der SPD-Finanzexperte im EU-Parlament, Udo Bullmann, die Maßnahmen, mit denen die Bundeskanzlerin und der französische Präsident Nicolas Sarkozy die Eurozone krisenfest machen wollen. „Merkel und Sarkozy verabreichen Placebos in der Hoffnung, dass sie eine Wirkung auf die Stabilität von Euroland haben. Ein Masterplan ist das nicht!“ Der Vorschlag der „tatsächlichen“ Wirtschaftsregierung solle zwar Geschlossenheit demonstrieren, sei aber in Wirklichkeit Etikettenschwindel.

Denn der Vorschlag, so Udo Bullmann, gehe keineswegs mit einer realen Stärkung der europäischen Institutionen, Europaparlament und EU-Kommission einher. „Davon, dass ein bisher eher machtloser Ratspräsident die Regierungschefs zweimal im Jahr zu einem Treffen einlädt, werden sich die Finanzmärkte wohl kaum beeinflussen lassen. Hier zählt nur die entschiedene Verteidigung des Euros, doch zu einem Einstieg in eine kontrollierte gemeinsame europäische Schuldenverwaltung konnten sich die beiden selbst ernannten Retter nicht verstehen.“

„Es ist klar, dass die Konsolidierung der Haushalte zu einer Selbstverständlichkeit werden

muss. Aber nach den jüngsten Daten steht der Eurozone eine Stagnation ins Haus. Die Eurostaaten müssen deshalb durch eine entschieden nachhaltige Haushaltspolitik konsolidieren, aber auch mit einer abgestimmten Politik gemeinsam aus der Krise wachsen lernen.“ Das populistische Beschwören von Schuldenbremsen greift nach Meinung des SPD-Europaabgeordneten ohne eine entsprechende Steuer- und Investitionspolitik zu kurz. Positiv bewertete Bullmann das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer. Hier entscheidet sich Glaubwürdigkeit von Merkel und Sarkozy im bevorstehenden Herbst, wenn die EU-Kommission wie angekündigt einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, so Udo Bullmann.

### **Öl-Lecks wie im Golf auch in der Nordsee möglich**

**Bei der beschädigten Öl-Plattform des Shell-Konzerns in der Nordsee vor Schottland ist ein zweites Leck entdeckt worden. Die Ausmaße sind ungewiss.**

Der SPD-Europaabgeordnete Matthias Groote, Mitglied des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, erklärt zu den Ölunfällen in der Nordsee: „Das aktuelle Beispiel der beschädigten Shell-Plattform vor Schottland zeigt: Nationale Behörden sind fast hilflos der Informationspolitik der Konzerne ausgesetzt. Das können wir nicht länger dulden. Während das erste Leck angeblich gestopft ist, sprudelt jetzt Öl aus einem zweiten. Aus dem ers-





ten Leck gelangten nach Shell-Angaben 216 Tonnen Öl ins Wasser.

Normal rechnet man in der Nordsee mit 51 Tonnen im Jahr. Die bisher ausgetretene Menge lässt sich zwar nicht mit der Ölkatastrophe im April vorigen Jahres im Golf von Mexiko vergleichen. Aber die Szenerie ist keine Utopie: Das Unglück vom Golf von Mexiko ist auch in der Nordsee möglich.

Die Forderungen: Die Sicherheitsstandards für Öl-Suche und Öl-Förderung müssen verschärft und einheitlich in ganz Europa gelten. Ein konsequenter Schutz der Meere scheitert bisher an zu vielen einzelstaatlichen und zu schlappen Vorschriften. Auch für schwere Notfälle ist Europa nicht gerüstet. Besonders wichtig: Die Öl-Konzerne müssen stärker als bisher bei Schäden in Regresspflicht genommen werden. Das würde automatisch das Sicherheitsdenken der Firmen verstärken. Die Staaten müssen bei der Lizenzvergabe viel mehr als heute darauf achten, ob die Konzerne finanziell stark genug sind, Schäden umgehend zu beseitigen. Auch das Kontrollsystem muss verschärft werden.

Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments hat einen entsprechenden Initiativbericht an die Kommission geschickt. Diese hat Vorschläge veröffentlicht, die jetzt dringend in die parlamentarische Beratung gehören.“

### Neues aus Europa

#### **Korruption: Rumänien und Bulgarien bleiben unter Aufsicht**

Rumänien und Bulgarien haben nach Ansicht der EU-Kommission immer noch zu wenige Fortschritte im Kampf gegen Korruption und bei der Reform ihres Justizwesens gemacht. Sie bleiben deshalb weiter unter besonderer Aufsicht. Die Regierung in Sofia habe in den vergangenen zwölf Monaten „keine überzeugenden Ergebnisse“ bei der Korruptionsbekämpfung erzielt, heißt es in dem Fortschrittsbericht zu Bulgarien.

Sie soll zudem erheblich mehr gegen die organisierte Kriminalität tun. Rumänien wurde zwar ein insgesamt besseres Zeugnis ausgestellt, doch auch hier stellt die Kommission weiterhin ein hohes Maß an Korruption fest sowie Mängel im Kampf gegen die Geldwäsche und Interessenskonflikte bei der Verwaltung öffentlicher Mittel.

### Terminhinweise

23. Sept. 2011, 20.15 Uhr

**Was? Podiumsdiskussion zum Thema „Europa ohne Ziele und Werte?“ der Europa Union**

Wo? Evangelische Akademie Bad Boll

24. Sept. 2011 18.30 Uhr

**Was? Podiumsdiskussion zum zukünftigen Ausrichtung der erneuerbaren Energien**

Wo? Landesenergetage Crailsheim

29. Sept. 2011, 19.30 Uhr

**Was? Podiumsdiskussion, Bürgerforum zu aktuellen EU-Themen**

Wo? Jahnhalle Endersbach in Weinstadt

5. Oktober 2011, 19.00

**Was? Diskussionsveranstaltung zu Dienstleistungskonzessionen**

Wo? Ständige Vertretung der Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig Holstein, Brüssel

8. Oktober 2011, 16.00

**Was? Finnissage der Ausstellung „Griechen in Hohenlohe“**

Wo? Stadtmuseum Künzelsau

14/15. Oktober 2011

**Was? Landesparteitag**

Wo? Offenburg

21. Oktober 2011, 18.00 Uhr

**Was ? Podiumsdiskussion zum Thema „Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“**

Wo? Neckarsulm

### Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Moritz Kempfel

Europabüro

Kelbergasse 47

74653 Künzelsau

Tel.: 0 79 40 – 5 91 22

Fax: 0 79 40 – 5 91 44

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz

B-1047 Brüssel

Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66

Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

[Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu)